

Stefan Kube

Innerorthodoxe Konflikte: Ukraine, Nordmakedonien und Montenegro

Neben der Ukraine zählen auch Nordmakedonien und Montenegro zu den Brennpunkten innerorthodoxer Konflikte. In allen drei Ländern konkurrieren zwei orthodoxe Kirchenorganisationen, wobei sich jeweils eine für die Unabhängigkeit der jeweiligen Landeskirche einsetzt. Ein Vergleich zeigt Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den drei Konfliktfällen.

Seit dem Ausbruch des offenen Konflikts zwischen den Patriarchaten Konstantinopel und Moskau um die Ukraine und erst recht seit der Verleihung der Autokephalie an die Orthodoxe Kirche der Ukraine Anfang dieses Jahres (s. RGOW 1/2019, S. 3; RGOW 4–5/2019, S. 20–22) ist von Beobachtern wie von direkt Involvierten immer wieder die Frage – bzw. je nach Standpunkt der Wunsch oder die Befürchtung – thematisiert worden, inwieweit die Ereignisse in der Ukraine auch Einfluss auf andere innerorthodoxe Konfliktherde haben können. Konkret geht es dabei vor allem um die Situation der Orthodoxie in Nordmakedonien und Montenegro, in der zwei von der Gesamtorthodoxie nicht anerkannte orthodoxe Kirchen existieren, die sich von der Serbischen Orthodoxen Kirche (SOK) abgespalten haben und nach Autokephalie streben. Kaum verwunderlich ist daher, dass das Oberhaupt der SOK, Patriarch Irinej (Gavrilović), mehrfach das Vorgehen des Ökumenischen Patriarchats in der Ukraine kritisiert und sich die SOK gegen eine Anerkennung der Orthodoxen Kirche der Ukraine ausgesprochen hat.¹ Umgekehrt hat der montenegrinische Präsident Milo Đukanović angekündigt, verstärkt auf die Autokephalie der Montenegrinischen Orthodoxen Kirche hinzuwirken.²

Größenverhältnisse

Wie in der Ukraine konkurrieren auch in Nordmakedonien und Montenegro gegenwärtig zwei Kirchenorganisationen um die orthodoxen Gläubigen. In der Ukraine sind dies die *Ukrainische Orthodoxe Kirche* (UOK), die in Gemeinschaft mit dem Moskauer Patriarchat steht, und die im Dezember 2018 neu gegründete *Orthodoxe Kirche der Ukraine* (OKU), die vor allem aus dem Zusammenschluss der Ukrainischen Orthodoxen Kirche–Kiewer Patriarchat (UOK–KP) und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK) hervorgegangen ist. Da es keine Statistik zu den Mitgliederzahlen der beiden Kirchen gibt, ist es schwierig, genaue Angaben zu deren Größe zu machen. Von der staatlicherseits erhobenen Anzahl der Gemeinden ist die UOK die zahlenmäßig größte Kirche: Sie verfügte 2018 über 12 437 Gemeinden (gegenüber 5 363 Gemeinden der UOK–KP und 1 171 der UAOK).³ Umfragen zur Kirchenzugehörigkeit zeigen dagegen ein abweichendes Bild: Laut einer Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew vom Mai 2019 bekannten sich 48,8 Prozent der Befragten zur OKU und nur 14,2 Prozent zur UOK, während sich 16,3 als „orthodox“ ohne genauere Zugehörigkeit bezeichneten.⁴ Ebenfalls unklar und umstritten ist, wieviele Gemeinden der UOK und aus welchen Motiven – freiwillig oder unter Druck – zur neuen OKU

gewechselt sind; Erhebungen zufolge dürften es um die 500 Gemeinden sein.⁵

Ein wesentlicher Unterschied zur kirchlichen Situation in Nordmakedonien und Montenegro besteht jedoch darin, dass beide orthodoxe Kirchen in der Ukraine über eine stattliche Anzahl an Gläubigen, Gemeinden und Ressourcen verfügen. In den beiden Balkanländern zeigt sich mit Blick auf die Größenverhältnisse ein sehr viel einseitigeres Bild: In Nordmakedonien dominiert die *Makedonische Orthodoxe Kirche* (MOK), die sich 1967 von der SOK losgesagt und einseitig für autokephal erklärt hat, die kirchliche Landschaft. Gemäß der letzten Volkszählung von 2002 waren 64,8 Prozent orthodoxe Christen, 33,3 Prozent Muslime und 1,5 Prozent gehörten anderen Religionsgemeinschaften an. Fast alle orthodoxen Gläubigen bekennen sich dabei zur MOK: Laut einer Umfrage der Universität Oslo aus dem Jahr 2011 gaben 64,4 Prozent der Befragten an, zur MOK zu gehören, während 4,1 Prozent erklärten, „orthodox“ und 0,8 Prozent, serbisch-orthodox zu sein.⁶ Die beiden letzten Gruppen spiegeln im Wesentlichen die Anhänger des *Orthodoxen Erzbistums von Ohrid* wider, das in Gemeinschaft mit der SOK steht.

Während in Nordmakedonien die von der Gesamtorthodoxie nicht anerkannte MOK die größte orthodoxe Kirchenorganisation darstellt, ist es in Montenegro genau umgekehrt: Die Mehrheit der Gläubigen und Kleriker hält zur *Metropole von Montenegro und den Küstenländern*, die zur SOK gehört. Dagegen findet die nicht kanonische *Montenegrinische Orthodoxe Kirche* (MnOK) nur bei einer Minderheit Anklang. Da die letzte Volkszählung von 2011 nur nach der Konfession (72,07 Prozent orthodox) und nicht nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten orthodoxen Kirchenorganisation gefragt hat, müssen auch in diesem Fall Umfragen weiter helfen: Das „Zentrum für Demokratie und Menschenrechte“ (CEDEM) in Podgorica ermittelte 2015, dass sich 52,3 Prozent der Befragten zur SOK bekennen und nur 15,6 Prozent zur MnOK.⁷ In regelmäßigen Abständen führt das CEDEM zudem Umfragen durch, welche Institutionen im Land das meiste Vertrauen genießen; dabei nimmt die SOK immer wieder eine Spitzenposition ein (Dezember 2018: 50,5 Prozent), während die MnOK zu denjenigen Institutionen zählt, denen die Bevölkerung am wenigsten vertraut (Dezember 2018: 18,9 Prozent).⁸

Verlauf und Akteure der Konflikte

Im Fall Montenegros und der Ukraine entzündeten sich die Jurisdiktionskonflikte erst nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und der Unabhängigkeit beider Länder,⁹ während der Konflikt um die MOK bereits seit über 50 Jahren die

Orthodoxie beschäftigt (s. RGOW 9/2017, S. 23–27).¹⁰ 1967 erklärte die MOK einseitig die Autokephalie, was bis heute weder von der SOK als Mutterkirche noch von einer anderen kanonischen orthodoxen Kirche anerkannt wird. Auch wenn die Kontakte zwischen der SOK und der MOK in den folgenden Jahrzehnten nie vollständig abrisen, kam es erst ab den 1990er Jahren zu ernsthaften Bemühungen, die Spaltung zu überwinden. Mit dem Abkommen von Niš (benannt nach der südserbischen Stadt, in der es 2002 unterzeichnet wurde), schien eine Lösung zum Greifen nahe: Das Abkommen sah eine weitestgehende Autonomie für die MOK und eine Rückkehr unter die Jurisdiktion des serbischen Patriarchats vor.¹¹ Aufgrund des starken öffentlichen und politischen Drucks lehnte jedoch der makedonische Episkopat das Abkommen letztendlich ab. Eine neue Wendung nahm der Konflikt, als Metropolitan Jovan (Vraniškovski) von Veles und Povardarski wenig später erklärte, am Abkommen festzuhalten und sich der Jurisdiktion des serbischen Patriarchen zu unterstellen. 2005 wurde innerhalb der SOK das autonome Orthodoxe Erzbistum von Ohrid (OEO) mit Metropolitan Jovan an der Spitze gegründet. Die staatlichen Stellen in Nordmakedonien haben es jedoch bis heute abgelehnt, das OEO als religiöse Organisation im Land zu registrieren, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits im November 2017 entschieden hat, dass die Regierung damit gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstößt.¹²

Mit Blick auf die staatliche Registrierung hatten und haben es die verschiedenen orthodoxen Kirchenorganisationen in der Ukraine und in Montenegro leichter: in beiden Ländern sind alle staatlicherseits anerkannt. Die 1993 gegründete MnOK, die wie die MOK in der Gesamtorthodoxie jedoch nicht anerkannt ist, musste zwar bis zum Jahr 2000 warten, bis sie amtlich registriert wurde, doch in den folgenden Jahren bemühte sich die Staatsführung um eine Äquidistanz zur MnOK und zur SOK.¹³

Nach dem Vorbild des im April abgewählten, vormaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, der sich persönlich für die Autokephalie der ukrainischen Orthodoxie engagiert und im Präsidentschaftswahlkampf auf seine Rolle bei der Gründung der OKU gesetzt hatte, scheint nun jedoch auch der montenegrinische Präsident Milo Đukanović einen offensiveren Kurs in Richtung Unterstützung der MnOK einzuschlagen. So kritisierte er in einem Interview im montenegrinischen Fernsehen kurz vor Weihnachten 2018 die „ausgesprochen destruktive“ Rolle der SOK gegenüber Montenegro und daher gelte es „die Arbeit an der Erneuerung der autokephalen Montenegrinischen Orthodoxen Kirche“ fortzusetzen.¹⁴ Seitdem hat er mehrfach bekundet, sich für die Autokephalie der MnOK einsetzen zu wollen. Für zusätzlichen Konfliktstoff zwischen der montenegrinischen Regierung und der SOK sorgt zudem der Entwurf eines neuen Religionsgesetzes. Dieser sieht u. a. vor, dass alle religiösen Objekte und Grundstücke, die von Religionsgemeinschaften auf dem Gebiet Montenegros genutzt werden, und von denen sich feststellen lässt, dass sie mit staatlichen Geldern errichtet wurden, oder bis zur Eingliederung des Königreichs Montenegros in das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im Dezember 1918 dem Staat gehörten, auch heute Eigentum des Staates sind. Die SOK befürchtet, dass sie mit Hilfe des neuen Gesetzes eines Großteils ihrer heute genutzten Kirchen und Klöster zugunsten der MnOK enteignet werden soll. Ein Kompromissvorschlag sieht nun vor, zwischen staatlichem Eigentumsrecht und Nutzungsrecht seitens der SOK zu unterscheiden.



Patriarch Bartholomaios (links) und Patriarch Irinej bei einem Treffen Ende September 2018 in Thessaloniki. Foto: www.spc.rs

Auch der nordmakedonische Ministerpräsident Zoran Zaev hat in den letzten Monaten mehrfach die Hoffnung geäußert, dass sich nach der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland auch die kirchliche Situation klärt und die MOK ihre innerorthodoxe Isolation durchbrechen kann. Sein Einsatz für die MOK hat Zaev zur Zielscheibe von zwei russischen Komikern werden lassen, die sich telefonisch als Petro Poroschenko ausgaben und Zaev zur Zahlung von Bestechungsgeldern an den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios zu überreden versuchten, um so von Konstantinopel die Autokephalie verliehen zu bekommen.¹⁵

In allen drei Fällen spielen somit neben den kirchlichen Eliten auch die politischen Entscheidungsträger eine zentrale Rolle, da sie sich zumindest in jüngster Zeit aktiv für die Autokephalie ihrer jeweiligen Landeskirche einsetzen. Wie in der Ukraine ist dabei nicht die Mutterkirche der primäre Adressat der kirchenpolitischen Bestrebungen – also die Russische oder Serbische Orthodoxe Kirche, sondern das Ökumenische Patriarchat, das die Jurisdiktionskonflikte lösen und die Autokephalie verleihen soll.

Wie hat nun Konstantinopel auf das Werben aus Nordmakedonien und Montenegro reagiert? Als die Bulgarische Orthodoxe Kirche 2017 der MOK zusicherte, als ihre „Mutterkirche“ zu fungieren, um dieser zu helfen, ihre Isolation in der Gesamtorthodoxie zu überwinden, kritisierte Patriarch Bartholomaios diesen Schritt und betonte die kanonische Zuständigkeit von Konstantinopel als Mutterkirche aller Balkanvölker.¹⁶ Das ließ sich zumindest so deuten, dass sich das Ökumenische Patriarchat ein ähnliches Eingreifen in Nordmakedonien wie in der Ukraine vorbehält. Dies dürfte die SOK in ihrer strikten Ablehnung der Anerkennung der OKU bestärkt haben, um jeglichen Präzedenzfall mit Blick auf Nordmakedonien und Montenegro zu vermeiden. Eine Parallele zwischen den drei Fällen hat jedoch Patriarch Bartholomaios jüngst selbst in einem längeren Interview mit serbischen Tageszeitung *Politika* bestritten. Er betonte die Gültigkeit des Tomos von 1920, mit der das Ökumenische Patriarchat die Jurisdiktion der SOK über alle orthodoxen Gläubigen auf dem Gebiet des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenien (später Jugoslawien) bestätigte: „Der kanonische und ekklesiologische Unterschied zur Ukraine besteht also darin, dass Russland in die Kiewer Metropole eingedrungen ist und diese okkupiert hat, obwohl diese ihm niemals übertragen wurde, während Serbien alles, was es besitzt, sowohl kanonisch als auch ekklesiologisch gehört. Das bedeutet, dass das Ökumenische Patriarchat nicht beabsichtigt, die Verfassung der SOK noch deren Grenzen ohne Übereinkommen und Zusammenarbeit zu ändern.“¹⁷

Historischer Rekurs im Mittelpunkt

Im Interview von *Politika* mit Patriarch Bartholomaios wird einmal mehr ersichtlich, welche zentrale Rolle der historischen Argumentation bei den innerorthodoxen Konflikten beigemessen wird. In der Auseinandersetzung zwischen den Patriarchen Moskau und Konstantinopel um die Ukraine geht es dabei vor allem um die Interpretation des Abkommens von 1686, mit dem der Kiewer Sitz vom Ökumenischen zum Moskauer Patriarchat überführt worden war, und dessen Gültigkeit das Ökumenische Patriarchat Anfang Oktober 2018 widerrufen und so sein Eingreifen in der Ukraine legitimiert hat.¹⁸

Ein ähnlicher Rekurs auf die Geschichte lässt sich auch bei den anderen beiden innerorthodoxen Streitfällen beobachten: So sieht sich die MOK als Nachfolgerin des 1767 aufgehobenen autokephalen Erzbistums Ohrid. Um die Kontinuität mit dieser mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Jurisdiktionseinheit zu betonen, änderte die MOK 2009 in der Kirchenverfassung ihren Namen zu Makedonische Orthodoxe Kirche – Erzbistum von Ohrid. Gleichzeitig erhebt jedoch auch die SOK Anspruch auf das Erbe des einstigen Erzbistums. Im Falle Montenegros reklamiert die MnOK, ebenfalls keine Neugründung zu sein, sondern in Tradition der Metropole von Cetinje zu stehen, die bis zur Vereinigung mit dem Belgrader Patriarchat die Autokephalie besessen habe und mit Gewalt zur Vereinigung gezwungen worden sei. Umstritten zwischen der SOK und den Anhängern der MnOK ist dabei einerseits, ob die Metropole von Cetinje jemals autokephal gewesen ist, und andererseits, wie die Vereinigung der Jurisdiktionsgebiete 1920 zu bewerten ist.¹⁹

In allen drei Fällen ist allerdings zweifelhaft, ob und inwieweit der Rekurs auf die Geschichte bei der Lösung der gegenwärtigen Konflikte weiterhilft. Zum einen zeigt sich in allen drei Fällen, dass es den involvierten Parteien nicht um einen wirklichen Austausch von Argumenten geht, sondern jede Seite die fraglichen Quellen ausschließlich zu ihren Gunsten interpretiert. Zum anderen ist es hochgradig problematisch und willkürlich, sich ein bestimmtes Datum in der Geschichte herauszusuchen – sei es nun 1686, 1767 oder 1920 – und von dort her belegen zu wollen, wer im aktuellen Konflikt im Recht ist: Warum dieses Datum und kein anderes? Und lässt sich die Zeit zwischen der Vergangenheit und heute einfach so überbrücken, als sei in der Zwischenzeit nichts geschehen? Mit Blick auf die Situation in der Ukraine haben Thomas Bremer und Sophie Senyk mit Recht einen hermeneutischen Zugang angemahnt: „Ein hermeneutischer Zugang würde verstehen, dass es nicht möglich ist, zu 1686 zurückzukehren und von dort neu zu starten. Man muss mit 2018 beginnen.“²⁰

Gegenwärtig gilt es die Existenz von zwei einflussreichen orthodoxen Kirchenorganisationen in der Ukraine zu akzeptieren, die auf absehbare Zeit nebeneinander existieren werden. Der nachlassende staatliche Einfluss auf die OKU und UOK nach der Abwahl Poroschenkos birgt zumindest die Chance, dass sich die beiden Kirchen nun verstärkt inneren Herausforderungen zuwenden können (s. RGOW 4–5/2019, S. 23–24). Auch in Nordmakedonien und Montenegro zeichnet sich vorerst keine Lösung des Kirchenstreits ab. Im Falle Montenegros besteht vielmehr die Gefahr, dass die politische Führung durch eine einseitige Parteinahme zugunsten der MnOK den Konflikt noch verschärft. In allen

drei Fällen sind theologische und pastorale Lösungsantworten gefordert, um die innerorthodoxen Spaltungen zu überwinden.

Anmerkungen

- 1) Zuletzt an ihrer Bischofsversammlung im Mai 2019: http://www.spc.rs/sr/saopshtenje_za_javnost_svetog_arhijerejskog_sabora_4.
- 2) <http://rs.n1info.com/Region/a490395/Djukanovic-SPC-cuva-infrastrukturu-Velike-Srbije-obnovicemo-autokefalu-CPC.html>.
- 3) https://risu.org.ua/ua/index/resources/statistics/ukr_2019/75410/.
- 4) http://kiis.com.ua/materials/pr/20192205_tomos/Tomos_may%202019.pdf.
- 5) <https://noek.info/nachrichten/osteuroopa/14-ukraine/1041-ukraine-ukrainische-orthodoxe-kirche-kritisiert-konstantinopel>.
- 6) https://www.hf.uio.no/ilos/forskning/prosjekter/nation-w-balkan/dokumenter/nb_macedonia.pdf.
- 7) <http://www.cedem.me/publikacije/istrazivanja/politicko-javno-mnjenje/send/29-politicko-javno-mnjenje/1725-istrazivanje-politicko-javnog-mnjenja>.
- 8) <http://www.cedem.me/publikacije/istrazivanja/politicko-javno-mnjenje/send/29-politicko-javno-mnjenje/1917-politicko-javno-mnjenje-decembar-2018>.
- 9) Zwar gab es auch schon in der Zwischenkriegszeit Versuche, in der Ukraine eine eigene, von Moskau unabhängige Kirche zu gründen. Doch konnte die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) ab den 1930er Jahren und endgültig ab 1945 nur noch im Exil wirken, vgl. zur Geschichte der UAOK Denysenko, Nicholas E.: *The Orthodox Church in Ukraine. A Century of Separation*. DeKalb (IL) 2018, S. 13–133.
- 10) Vgl. auch die Sonderausgabe von *Occasional Papers on Religion in Eastern Europe* 37, 4 (2017) zum 50. Jahrestag der Deklaration der Autokephalie der MOK: <https://digitalcommons.georgefox.edu/ree/vol37/iss4/>.
- 11) <http://www.nin.co.rs/pages/article.php?id=21599&#txt21599>.
- 12) <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22%3A%5B%22001-178890%22%5D%7D>.
- 13) Zur Geschichte der MnOK seit ihrer Gründung vgl. Kube, Stefan: *Wer repräsentiert die Orthodoxie in Montenegro? Kirchliche Konflikte um den öffentlichen Raum*. In: Ivanišević, Alojz (Hg.): *Re-Sakralisierung des öffentlichen Raums in Südosteuropa nach der Wende 1989?*. Frankfurt/M. 2012, S. 115–131.
- 14) <http://ttcg.me/vijesti/politika/225147/identitet-se-brani-an-gazovanjem-a-ne-zabranom-ulaska-u-cg-.html?print=true>.
- 15) <https://balkaninsight.com/2019/07/09/pranked-north-macedonia-pm-defends-his-gullibility/>.
- 16) <https://noek.info/nachrichten/suedosteuropa/28-makedonien/537-makedonien-bartholomaios-betont-zustaendigkeit-konstantinopels-in-der-makedonischen-kirchenfrage>.
- 17) <http://www.politika.rs/sr/clanak/423274/Nisam-istocni-papa>.
- 18) <https://www.patriarchate.org/-/communiq-1>.
- 19) Kube, *Wer repräsentiert* (Anm. 13), S. 119–121.
- 20) Bremer, Thomas; Senyk, Sophie: *The Current Ecclesial Situation in Ukraine: Critical Remarks*. In: *St. Vladimir's Theological Quarterly* 63, 1 (2019), S. 27–58, hier S. 42.